

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit (§§ 59 und 65 NKomVG i.V.m. §§ 1, 4b GO)
3. Feststellung der Tagesordnung (4c GO)
4. Genehmigung des Protokolls über die 22. Sitzung des XVII. gewählten Kreistages am 05.10.2015
5. Nachbesetzung der Ausschüsse des XVII. gewählten Kreistages
6. Anfragen
 - 6.1. Einwohnerfragestunde (§ 16 GO)
 - 6.2. Anfragen von Kreistagsmitgliedern/ Ausschussmitgliedern (§ 15 Abs. 2 GO)
7. Anträge (§ 4f GO)
 - 7.1. Antrag der CDU- Kreistagsfraktion
hier: „Sonderausschuss zur Flüchtlingsthematik“
Vorlage: XVII-0663/2015
 - 7.2. Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN
hier: „Richtlinien über die Gewährung von Zuschüssen für Erholungsmaßnahmen von Kindern und Jugendlichen“
Vorlage: XVII-0664/2015
8. Kauf/Tausch von Grundstücken in der Gemeinde Sickte
Vorlage: XVII-0672/2015
9. Stiftung Zukunftsfonds Asse, Berufung von Mitgliedern in den Stiftungsrat der Stiftung Zukunftsfonds Asse
Vorlage: XVII-0654/2015
10. Gymnasiale Oberstufe für die Integrierte Gesamtschule (IGS) Wallstr.; überarbeitetes Raumkonzept für das Schuljahr 2016/2017 sowie notwendige Umgestaltungs-, Erweiterungs- und Ausstattungsmaßnahmen
Vorlage: XVII-0653/2015/1
11. Unterrichtung durch die Landrätin über wichtige Angelegenheiten (§ 85 Abs. 4 NKomVG i.V.m. § 4i GO)
12. Einwohnerfragestunde (§§ 16, 4 j GO)

Öffentliche Sitzung

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Vorsitzender Ganzauer eröffnet um 18:06 Uhr die 23. Sitzung des XVII. gewählten Kreistages und heißt die Erschienen herzlich willkommen.

Vorsitzender Ganzauer bittet den Kreistag sich für eine Schweigeminute zum Gedenken der Opfer der Pariser Terroranschläge von den Plätzen zu erheben.

Vorsitzender Ganzauer führt an, dass die KAbge. Boos, Bötel, Hasselmann, Lagosky, Vogler, von Veltheim und Wagner- Judith entschuldigt fehlen.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit (§§ 59 und 65 NKomVG i.V.m. §§ 1, 4b GO)

Vorsitzender Ganzauer stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung (4c GO)

Vorsitzender Ganzauer bittet um Erweiterung der Tagesordnung um die Vorlage XVII- 0653/2015/ 1 „Gymnasiale Oberstufe für die Integrierte Gesamtschule (IGS) Wallstraße; überarbeitetes Raumkonzept für das Schuljahr 2016/2017 sowie notwendige Umgestaltungs-, Erweiterungs- und Ausstattungsmaßnahmen“ als neuen TOP 10. Die Berichterstattung wird Landrätin Steinbrügge übernehmen. Alle nachfolgenden Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Die Tagesordnung wird unter Erweiterung um die Vorlage XVII- 0653/2015/ 1 „Gymnasiale Oberstufe für die Integrierte Gesamtschule (IGS) Wallstraße; überarbeitetes Raumkonzept für das Schuljahr 2016/2017 sowie notwendige Umgestaltungs-, Erweiterungs- und Ausstattungsmaßnahmen“ als neuen TOP 10 genehmigt.

TOP 4 Genehmigung des Protokolls über die 22. Sitzung des XVII. gewählten Kreistages am 05.10.2015

Vorsitzender Ganzauer stellt fest, dass keine Änderungswünsche zum Protokoll vorliegen.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Das Protokoll über die 22. Sitzung des XVII.- gewählten Kreistages am 05.10.2015 wird genehmigt.

TOP 5 Nachbesetzung der Ausschüsse des XVII. gewählten Kreistages

Vorsitzender Ganzauer trägt die im Vorfeld seitens der SPD - Kreistagsfraktion eingereichten Veränderungen hinsichtlich der Besetzung des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft, Bauen und Klimaschutz vor.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

1. Udo Dettmann verzichtet auf sein Mandat als Bürgermitglied im Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Bauen und Klimaschutz.

2. Stephan Grenz wird neues Bürgermitglied im Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Bauen und Klimaschutz

TOP 6 Anfragen

TOP 6.1 Einwohnerfragestunde (§ 16 GO)

Vorsitzender Ganzauer stellt fest, dass keine Anfragen vorliegen.

TOP 6.2 Anfragen von Kreistagsmitgliedern/ Ausschussmitgliedern (§ 15 Abs. 2 GO)

KAbg. Wolff nimmt Bezug auf die Richtlinie zur Förderung von Investitionen in Unternehmen (speziell KMU) und stellt dar, dass nach den Richtlinien u.a. alle Maßnahmen, die der „Verbesserung der Umweltbilanz und der Energiebilanz eines Unternehmens“ dienen, gefördert werden. Dahingehend habe die Kreisverwaltung die Unternehmen beraten und die Installierung von Photovoltaikanlagen in dem Zusammenhang mit KMU – Fördermitteln bewilligt. Mittlerweile habe die Kreisverwaltung jedoch gegenüber den Unternehmen Rückforderungsbescheide für die Fördermittel der Photovoltaikanlage erlassen. KAbg. Wolff stellt nachfolgende Anfragen:

1. Wie viele Unternehmungen im Landkreis Wolfenbüttel sind von Rückforderungsbescheiden für bereits bewilligte Gelder zur Wirtschaftsförderung betroffen?
2. Wie hoch ist die Gesamtsumme, die der Landkreis von den geförderten Betrieben zurückfordert?
3. Liegt ein Beratungsfehler des Landkreises vor, der die Investition in die Photovoltaikanlagen bei den Unternehmungen ausgelöst hat?
4. Fordert der Landkreis nur die von der Europäischen Union bereitgestellten finanziellen Anteile zurück?
5. Wird der Landkreis Wolfenbüttel die bewilligte und abgerechnete Förderung der PV – Anlagen kompensieren, damit Liquiditätsabflüsse in den geförderten Betrieben vermieden werden und die Klimaschutzziele des Landkreises umgesetzt werden können?

Landrätin Steinbrügge nimmt wie folgt Stellung:

Zu 1: Fünf Unternehmen seien betroffen.

Zu 2: Die Gesamtsumme betrage rund 70.000 €.

Zu 3: Die Bewilligungsbescheide an die betroffenen Unternehmen wurden auf Grundlage des Erneuerbare– Energien – Gesetz (EEG) 2012 erlassen. Die Randziffer, welche nunmehr den Anlass gebe, die Rückforderungen vorzunehmen und welche eine Doppelförderung ausschließe, beziehe sich auf das EEG 2014. Mit Schreiben vom 10.11.2015 wurde die Kreisverwaltung final davon in Kenntnis gesetzt, dass u.a. die Anschaffungen von Photovoltaikanlagen als nicht förderfähig angesehen werden und die Mittel entsprechend gekürzt werden müssten. Die Anhörungsfrist laufe noch bis zum 27.11.2015. Die Kreisverwaltung bereite derzeit ein entsprechendes Schreiben vor.

Zu 4: Um eine EU –konforme Durchführung der KMU – Förderung gewährleisten zu können, sei die Kreisverwaltung gehalten, die aus Sicht der NBank zu Unrecht erfolgten Zuwendungen,

zurückzufordern. Die Gesamtsumme aller Rückforderungen belaufe sich, wie vorgenannt, auf ca. 70.000 €.

Zu 5: Insoweit werde auf das offene Verfahren zwischen dem Landkreis Wolfenbüttel und der NBank verwiesen. Zunächst müsse die Entscheidung der NBank abgewartet werden, um etwaige weitere Schritte durchdenken zu können.

TOP 7 Anträge (§ 4f GO)

TOP 7.1 Antrag der CDU- Kreistagsfraktion hier: „Sonderausschuss zur Flüchtlingsthematik“ Vorlage: XVII-0663/2015

KAbg. Oesterhelweg erläutert den Antrag XVII-0663/2015 und weist auf die Dringlichkeit der Einrichtung eines Sonderausschusses zur Flüchtlingsthematik hin. Daher solle am heutigen Tage nicht über die Annahme des Antrages und eine etwaige Überweisung in einen Fachausschuss, sondern direkt über die Installierung eines Sonderausschusses entschieden werden.

Es entsteht eine Diskussion zwischen den KAbge. Resch- Hoppstock, Oesterhelweg, Brücher, Försterling, Großer und Hensel sowie Landrätin Steinbrügge und Vorsitzendem Ganzauer wie mit dem Antrag verfahren werden sollte. Die KAbge. Resch- Hoppstock, Brücher, Hensel und Landrätin Steinbrügge sprechen sich dafür aus, eine etwaige Installation eines Sonderausschusses zunächst inhaltlich im Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit zu diskutieren, da eine Dringlichkeit der Einrichtung nicht gesehen werde. Im letzten Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit wurde neben den originären Themen auch der aktuelle Stand zum Thema Flüchtlinge besprochen. Dies sei der richtige Rahmen und der richtige Ausschuss für dieses Thema, da dort die sozialpolitischen Sprecher der Fraktionen und Gruppen des Kreistages vertreten seien, aber auch Vertreterinnen und Vertreter der Wohlfahrtsverbände. Ein weiterer Ausschuss binde weitere Kapazitäten. Angeregt werde, ggf. die Bezeichnung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit um den Begriff Integration zu erweitern und diesen Ausschuss regelmäßiger tagen zu lassen. KAbge. Oesterhelweg und Großer entgegnen, dass ein Sonderausschuss dazu dienen solle, mehr Klarheit rund um das Thema Flüchtlinge zu schaffen. Eine breite Öffentlichkeit solle erreicht werden und der Ausschuss müsse monatlich tagen, damit ein steter Informationsfluss sicher gestellt sei. KAbg. Försterling stellt klar, dass der Kreistag gem. § 71 Abs. 9 NKomVG jederzeit Ausschüsse neu bilden könne.

Vorsitzender Ganzauer bittet die Vorsitzenden der Fraktionen und Gruppen des Kreistages für eine kurze Besprechung zusammen zu kommen.

Im Ergebnis werde vorgeschlagen, dass noch in diesem Jahr eine Sondersitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit angesetzt werde (Termin 09.12.2015), um inhaltlich über die Notwendigkeit und ggf. etwaige Ausgestaltung eines solchen Sonderausschusses diskutieren zu können. Hinsichtlich der Ausgestaltung des Ausschusses gelte auch zu besprechen, wie viele Mitglieder der Ausschuss haben sollte und ob ggf. neben den Abgeordneten andere Personen diesen Sonderausschuss angehören sollten. Eine etwaige Gründung dieses Sonderausschusses könnte sodann auf der anstehenden Sitzung des Kreistages am 11.01.2016 vorgenommen werden.

Hinsichtlich des zweiten Teiles des Antrages der CDU – Kreistagsfraktion weist Landrätin Steinbrügge darauf hin, dass im Rahmen der Haushaltsplanungen 2016 das Thema der Erhöhung der Beträge für die Stadt Wolfenbüttel sowie für die Samt- und Einheitsgemeinden bereits aufgegriffen und doppelte Beträge eingeplant wurden. In Gesprächen mit den Hauptverwaltungsbeamtinnen und – beamten werde derzeit geklärt, wie ein solches Zuschussmodell

aussehen könnte. Ob sich beispielsweise der Zuschuss aus einem Sockelbetrag und einer Pauschale zusammensetzt oder nach Aufwand abgerechnet werde.

KAbg. Resch – Hoppstock befürwortet im Namen der SPD – Kreistagsfraktion die Verdoppelung der Beträge für die Kommunen im Landkreis Wolfenbüttel und weist in diesem Zusammenhang auf den Antrag der SPD – Kreistagsfraktion zu den besonderen Aufwendungen im Rahmen der Tätigkeit mit Flüchtlingen - Bsp. Fahrtkostenerstattung- hin und bittet darum, dass eine entsprechende Auszahlung auch noch für das Jahr 2015 vorgenommen werden sollte.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Der Antrag der CDU – Kreistagsfraktion, wie er sich aus der Anlage zur Vorlage XVII-0663/2015 ergibt, vom 15.10.2015 wird zur Beratung und Diskussion in die am 09.12.2015 stattfindende außerordentliche Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit verwiesen.

Eine etwaige Installation eines Sonderausschusses findet sodann auf der anstehenden Sitzung des Kreistages am 11.01.2016 statt.

**TOP 7.2 Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN
hier: „Richtlinien über die Gewährung von Zuschüssen für
Erholungsmaßnahmen von Kindern und Jugendlichen“
Vorlage: XVII-0664/2015**

KAbg. Barkhau erläutert den Antrag XVII-0664/2015.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Der Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN, wie er sich aus der Anlage zur Vorlage XVII- 0664/2015 ergibt, vom 22.10.2015 wird angenommen und in den Jugendhilfeausschuss überwiesen.

**TOP 8 Kauf/Tausch von Grundstücken in der Gemeinde Sickte
Vorlage: XVII-0672/2015**

Landrätin Steinbrügge erläutert die Vorlage: XVII-0672/2015.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Die Landrätin wird beauftragt, vorbehaltlich der Beschlussfassung des Rates der Samtgemeinde Sickte am 17.12.2015, die nachfolgenden Grundstücksgeschäfte vorzunehmen:

1. Verkauf der Teilfläche des Flurstückes 30/18, mit etwa 3.690 m², an der Schöninger Straße in 38173 Sickte an die Samtgemeinde Sickte zu einem Preis von 37,50 €/m².

2. Kauf einer noch auszumessenden Nachbarfläche von ca. 3.900 m² vom Landeskirchenamt zum Preis von 37,50 €/m².
3. Vorbehaltlich der Zustimmung zu Punkt 1 und bei gleichzeitigem Bedarf der Samtgemeinde Sickinge, den zusätzlichen Verkauf einer weiteren Teilfläche mit der Größe von ca. 1.727 m² zu den gleichen Konditionen wie unter Ziffer 1.

Sollte sich der dem Landeskirchenamt zu zahlende Kaufpreis pro m² ändern, erfolgt eine entsprechende Anpassung des von der Samtgemeinde Sickinge zu zahlenden Kaufpreises an den Landkreis Wolfenbüttel.

Die Grundstücksgrößen werden nach der Vermessung endgültig festgelegt.

TOP 9 Stiftung Zukunftsfonds Asse, Berufung von Mitgliedern in den Stiftungsrat der Stiftung Zukunftsfonds Asse Vorlage: XVII-0654/2015

Landrätin Steinbrügge erläutert die Vorlage: XVII- 0654/2015 und bittet die Fraktionen und Gruppen um Benennung der Vertreterinnen und Vertreter sowie deren Stellvertretung für den Stiftungsrat.

KAbge. Bosse, Fricke, Försterling, Brücher, Wiechenberg und Landrätin Steinbrügge begrüßen den Erlass des Gesetzes über die „Stiftung Zukunftsfonds Asse“ (AsseStG). Mit den Geldern aus diesem Fonds könne dem negativem Image der Region rund um die Asse begegnet werden und viele Ideen und Projekte gefördert werden für welche vorher keine monetären Mittel zur Verfügung gestanden haben. Die Region könne durch die Mittel aus der Stiftung Zukunftsfonds Asse gestärkt werden. Das oberste Ziel sei jedoch weiterhin die sichere und schnelle Rückholung des Atom Mülls.

Für die SPD - Kreistagsfraktionen werden als ordentliche Mitglieder Marcus Bosse sowie Falk Hensel benannt und als Stellvertreter Bernfried Keye sowie Thomas Jakob. Für die Gruppe CDU/ FDP werden als ordentliche Mitglieder Uwe Schäfer sowie Dietmar Fricke und als Stellvertreter Frank Oesterhelweg und Manfred Koch benannt. Für die Kreistagsfraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN wird Ehrhard Dette als ordentliches Mitglied und Christiane Wagner – Judith als Stellvertreterin benannt. Als ordentliches Mitglied aus einer zivilgesellschaftlichen Organisation werden einvernehmlich Frau Prof. Dr. Rosemarie Karger als ordentliches Mitglied und Prof. Dr. Gerd Bikker als stellvertretendes Mitglied benannt.

KAbg. Försterling fragt nach, inwieweit im Sinne des § 8 Abs. 1 Satz 4 AsseStG Vorschläge von juristischen Personen oder Personenvereinigungen, die sich bürgerschaftlich engagieren und ihren Sitz im Fördergebiet haben, eingeholt wurden.

Landrätin Steinbrügge antwortet, dass das Gesetz seit letztem Freitag in Kraft sei und bisher noch nicht viele Gespräche geführt werden konnten. Seitens der Ostfalia liege der bekannte Vorschlag vor. Die Ostfalia überzeuge durch breite Themengebiete, weitreichende Kompetenzen sowie gute Vernetzungen und stelle daher – in Persona von Frau Prof. Dr. Karger und Herrn Prof. Dr. Bikker - eine Bereicherung für den Stiftungsrat dar.

KAbg. Oesterhelweg erkundigt sich, wo künftig Anträge an die Stiftung Zukunftsfonds Asse eingereicht werden können.

Landrätin Steinbrügge erklärt, dass die Anträge direkt an den Landkreis Wolfenbüttel gerichtet werden können, da die Stiftungsverwaltung in den Räumlichkeiten der Kreisverwaltung angesiedelt werde.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag einstimmig bei 2 Stimmenthaltungen nachstehenden

Beschluss:

1. Das anfängliche Stiftungsvermögen für die Stiftung Zukunftsfonds Asse (Asse StG) in Höhe von 25.000 Euro wird zur Verfügung gestellt.
2. Für den Stiftungsrat werden folgende Personen berufen:

Vertreter/in	Stellvertreter/in
1. Marcus Bosse	Bernfried Keye
2. Falk Hensel	Thomas Jakob
3. Uwe Schäfer	Frank Oesterhelweg
4. Dietmar Fricke	Manfred Koch
5. Ehrhard Dette	Christiane Wagner- Judith
6. Rosemarie Karger	Gerd Bicker

**TOP 10 Gymnasiale Oberstufe für die Integrierte Gesamtschule (IGS)
Wallstr.; überarbeitetes Raumkonzept für das Schuljahr 2016/2017
sowie notwendige Umgestaltungs-, Erweiterungs- und
Ausstattungsmaßnahmen
Vorlage: XVII-0653/2015/1**

Landrätin Steinbrügge erläutert die Vorlage: XVII- 0653/2015/1.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

1. Das überarbeitete Raumkonzept für die Oberstufe der IGS Wallstr. im Gebäude Lindener Str. 11 wird gemäß Anlage 1 für das Schuljahr 2016/2017 beschlossen. Der räumliche Fehlbedarf wird im Schuljahr 2016/2017 durch die Aufstellung von 2 Containern in aufgeständerter Bauweise gedeckt (siehe Anlage 2 und Lageplan Anlage 3).
2. Der voraussichtlich entstehende Investitionsbedarf

für die Aufstellung von 2 Containern in Höhe von 40.000 € jährlich zuzüglich begleitender Baumaßnahmen in Höhe von einmalig 60.000 € in 2016 wird zur Kenntnis genommen. Die erforderlichen Mittel werden in den Haushaltsjahren 2016 und 2017 entsprechend zur Verfügung gestellt.
3. Unabhängig von den Kosten für die räumliche Unterbringung wird der voraussichtlich entstehende Investitionsbedarf

- für den Umbau und die Ausstattung von 2 naturwissenschaftlichen Räumen in Höhe von einmalig 300.000 €,
- für Ausstattungsmaßnahmen von jährlich 101.200 € und einmalig 26.100 € in 2016 (EDV-Bereich)

zur Kenntnis genommen. Die erforderlichen Mittel werden in den Haushaltsjahren 2016 ff. entsprechend zur Verfügung gestellt.

4. Die Verwaltung wird beauftragt darzulegen, ob perspektivisch für die weiteren räumlichen Fehlbedarfe der Oberstufe der IGS Wallstr. (2017/18 **4** Räume, 2018/19 **6** Räume, 2019/20 **4** Räume, 2020/21 **2** Räume, 2021/22 **1** Raum), anstelle der Aufstellung weiterer Container auch variable Modulbauten in Massivholzbauweise oder ein Neubau für die Schule am Teichgarten oder für die Oberstufen der IGS Wallstr. und der Henriette-Breymann-Gesamtschule in Betracht kommen können.

TOP 11 Unterrichtung durch die Landrätin über wichtige Angelegenheiten (§ 85 Abs. 4 NKomVG i.V.m. § 4i GO)

Landrätin Steinbrügge informiert darüber, dass für Donnerstag, den 26.11.2015 die Ankunft von 150 weiteren Flüchtlingen für die Notunterkünfte in Schöppenstedt angekündigt sei.

TOP 12 Einwohnerfragestunde (§§ 16, 4 j GO)

Vorsitzender Ganzauer stellt fest, dass keine weiteren Anfragen vorliegen.

Vorsitzender Ganzauer schließt die öffentliche Sitzung um 19:50 Uhr.

Vorsitzender

Protokollführer/in